

Von: gennburg@linksfraktion.berlin <gennburg@linksfraktion.berlin>

Gesendet: Donnerstag, 19. Mai 2022 11:31

An: Presstteam Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung <presse@nachhaltigestadtentwicklung.berlin>

Betreff: Fwd: Beschluss Nachverdichtung

Liebes Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung,

kürzlich sprachen wir miteinander und heute melde ich mich mit einer Neuigkeit zur Positionierung der Berliner LINKE-Fraktion zu den Nachverdichtungszielen des Bausenators und dass wir eine Überprüfung dieser und damit eben auch eine grundsätzlich andere Stadtentwicklungspolitik fordern. Bitte leitet diese gerne auch an die Initiativen weiter und lasst uns dazu auch gern ins Gespräch kommen.

Als zuständige Fachpolitikerin habe ich die vergangenen Wochen gemeinsam mit unserer Facharbeitsgruppe in der Berliner LINKEN und den Referenten in der Fraktion an einer inhaltlichen Aufbereitung des Themas gearbeitet und die Fraktion hat sich vergangene Woche in einer Aktuellen Viertelstunde ausschließlich in das Thema vertieft. Schließlich wurde der Beschluss gefasst, den ich euch anbei sende.

Außerdem habe ich nun den Auftrag meiner Linksfraktion, einen Parlamentsantrag innerhalb der Koalition zu verhandeln, der folgendes fordert:

—> Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit den betroffenen Bezirken alle (noch nicht genehmigten) Nachverdichtungsvorhaben der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und sonstiger Bauträger in Quartieren mit offener Bebauung auf den Prüfstand zu stellen und für künftige Nachverdichtungen städtebauliche Kriterien festzulegen. Ziel ist es, die Anwohner*innen besser zu beteiligen und die Projekte städtebaulich zu qualifizieren. Dabei sind bestehende Grundlagen wie der Leitfaden des Bezirkes Neukölln und die Erfahrungen des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf mit Bebauungsplänen für große Wohnhöfe einzubeziehen.

Die Projekte müssen ein transparentes und ergebnisoffenes Partizipationsverfahren durchlaufen. Wo dies noch nicht erfolgt ist, wird das Verfahren nachgeholt und das Projekt solange ausgesetzt. Einwände der Anwohner*innen und der Bürger*innen werden künftig nachvollziehbar dokumentiert und frühzeitig berücksichtigt, um Aspekte der Lebensqualität, der Klimaverträglichkeit und der Infrastrukturen effektiv in die Planungsprozesse einfließen zu lassen.

Planungen zur Nachverdichtung in bestehenden Quartieren werden künftig nur noch dort umgesetzt, wo die ökologische Kompensation im Kiez erfolgen kann und die Maßnahme sozial verträglich ist. Hierfür entwickelt der Senat Kriterien zur Verträglichkeit. Darin enthalten sind insbesondere:

- die Entwurfsqualität und die Entwurfsabsicht der Wohnanlage zur Entstehungszeit;
- die städtebauliche und freiraumplanerische Qualität der Wohnanlage mit ihren Abstandsflächen, der Belichtung, der Durchlüftung, den sozialen Begegnungsräumen;
- die Funktion der Freiflächen als Beitrag zur wohnortnahen Grünversorgung;
- die klimatische Funktion der Wohnanlage - auch für die Umgebungsbebauung - hinsichtlich Kühlung, schattenspendenden Bäumen, Speicherung und Abgabe von Niederschlägen;
- Ausmaß und Ort der erforderlichen ökologischen Kompensation für potenzielle Nachverdichtungen;
- die Versorgung durch die vorhandene sowie bereits geplante, zeitgleich entstehende soziale Infrastruktur;
- Auswirkungen auf die Verkehrssituation.

Bauträger und Genehmigungsbehörden haben zur Beurteilung von Bauvorhaben der Nachverdichtung ein städtebauliches Konzept zu erstellen. Obligatorisch sind künftig Untersuchungen zur Auswirkung von Nachverdichtungen auf die soziale Infrastruktur und die Verkehrssituation sowie zu den Folgen der Nachverdichtung auf das Mikroklima. Parallel zu den Partizipationsverfahren wird künftige verbindliche Studie erstellt, in der die potenzielle Veränderung von Wohnumfeld- und Lebensqualität in der subjektiven Wahrnehmung der Anwohner*innen erfasst wird und deren Ergebnisse in einer Abwägung Berücksichtigung findet.

Das ist allerdings ein LINKE Vorschlag, der jetzt mit SPD und GRÜNEN verhandelt werden muss.

Ich hoffe sehr, dass wir einen Antrag zustande bringen, der wenigstens die Grundhaltung zum Thema widerspiegelt.

Dazu brauchen wir die SPD, mal sehen wie die Abgeordneten sich dazu positionieren...

Mit solidarischen Grüßen verbleibend,

Katalin Gennburg, MdA

DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin

Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt & Tourismus